

# **Protokoll**

der 3. Sitzung des 66. Studierendenparlaments

Präsidium des Studierendenparlaments

66. Legislaturperiode

Soenke Janssen (Präsident) Valentina Sauer (Stv. Präsidentin) Mette Wagner (Stv. Präsidentin)

c/o AStA der Universität Münster, Schlossplatz 1, 48149 Münster

stupa@uni-muenster.de www.stupa.ms

Münster, den 26. August 2023

Die 3. Sitzung des 66. Studierendenparlaments der Universität Münster fand am 21. August 2023 um 18 Uhr c.t. als ordentliche Sitzung in Hörsaal S9 (Schloss) statt und wurde von Valentina Sauer (Stv. Präsidentin) geleitet.

Das vorliegende Protokoll wurde von Jessica Best verfasst.

# **Tagesordnung**

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit	1
TOP 2	Annahme von Dringlichkeitsanträgen	1
TOP 3	Feststellung der Tagesordnung	1
TOP 4	Berichte aus den Ausschüssen und Kommissionen	1
TOP 5	Berichte aus dem AStA	1
TOP 6	Weitere Berichte	3
TOP 7	Beschluss von Protokollen	3
TOP 8	Umbesetzung von Ausschüssen und Kommissionen	3
TOP 9	Antrag gegen Antisemitismus	3
TOP 10	Gegen eine Ausspielung von Rassismus und Antisemitismus	6
TOP 11	1. Nachtragshaushaltsplan 2023	10
TOP 12	Antrag auf Satzungsänderung	11



# Anwesenheitsliste

der Mitglieder des Studierendenparlaments

	CampusGrün	Von	Bis
1	Lisa-Nicole Bücker	18:22	19:40
2	Philipp Schultes	18:22	19:40
3	Patricia Rickert	18:22	19:40
4	Shari Langner	-	-
5	Anne Sehnal	18:40	19:40
6	Maximilian Peters	18:22	19:40
7	Markus Schieferdecker	18:22	19:40
8	Christopher Margraf	18:22	19:40
9	Jacob Hassel	18:22	19:40
10	Niklas Padberg	-	-
11	Ronja Vollmari	18:22	19:40
12	Nicolas Stursberg	18:22	19:40
13	Samuel Frieling	18:22	19:40
14	Maik Blomberg	18:22	19:40

12	Nicolas Stursberg	18:22	19:40
13	Samuel Frieling	18:22	19:40
14	Maik Blomberg	18:22	19:40
	LHG		
1	Valentina Sauer	18:22	19:40
2	Vivien Schulze	18:22	19:40
3	Marius Diekmann	_	_
4	Marco Skala	_	_
5	Markus Leitschuh	_	_

	RCDS	Von	Bis
1	Mette Wagner	18:22	19:40
2	Niklas Nottebom	18:22	19:40
3	Niklas Niemann	18:22	19:40
4	Jonas Pape-Petrulat	18:22	19:40

	Juso-HSG		
1	Maurice Schiller	18:22	19:40
2	Marina Romić	18:22	19:40
3	Madita Fester	18:22	19:40
4	Maurice Santana	18:22	19:40

		Sozialistische Liste		
1		Juli Sommer	_	_
2	2	Laura Höh	_	_

	DIE LISTE		
1	Frederic Barlag	18:22	19:40

	DIL		
1	Amir Alhalis	_	1

CG CampusGrün

LISTE Die LISTE

(Ja-Stimmen/Enthaltung/Nein-Stimmen)

RCDS Ring Christlich-Demokratische Studenten

Juso-HSG Juso-Hochschulgruppe

**DIL** Demokratische Internationale Liste

LHG Liberale Hochschulgruppe
SL Sozialistische Liste

Alle Abstimmungsergebnisse ohne weitere Kennzeichnung erfolgen in der Form:



## 1 TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

- 2 Valentina Sauer (Stv. Präsidentin) begrüßt die Anwesenden um 18:22 Uhr. Es sind 22 von 31
- 3 Parlamentarier:innen anwesend (die Anwesenheit ist der obigen Tabelle zu entnehmen). Das
- 4 Studierendenparlament ist somit beschlussfähig.

## 5 **TOP 2** Annahme von Dringlichkeitsanträgen

6 Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

## 7 TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

- 8 **Abstimmungsgegenstand:** Feststellung der Tagesordnung
- 9 **Abstimmungsergebnis:** (22/0/0) Damit ist die Tagesordnung einstimmig angenommen.
- 11 Die Tagesordnung entspricht der Tagesordnung in diesem Protokoll.

### 12 **TOP 4** Berichte aus den Ausschüssen und Kommissionen

- 13 Frederic Barlag (Die LISTE): Der HGA hat sich konstituiert. Noemi ist als Vorsitzende
- 14 wiedergewählt.

10

18

24

27

31

33

### 15 **TOP 5** Berichte aus dem AStA

- 16 Maurice Martens Santana (buckS): Ich habe eine Anmerkung: Der Hörsaal ist nicht gerade
- 17 Rollstuhl-gerecht und nicht sonderlich barrierefrei.
- 19 Gabriel Dutilleux (AStA-Vorsitz): Wir haben uns mit End Fossil: Occupy! getroffen. Es gab ein
- 20 Gespräch mit der WWU-IT, die sich umbenennt, zum Thema Datensicherheit. Wir hatten wegen
- 21 des Semestertickets Kontakt zum WDR. Mit der Rechtsaufsicht hatten wir auch Kontakt. Heute
- 22 haben wir eine Rundmail verschickt und mit dem Fachschaftenreferat gesprochen. Wir haben
- 23 eine Stelle ausgeschrieben.
- [?]: Gibt es schon was Neues vom Semesterticket? Es gibt ja Szenarien, dass das gekündigt wird.
- Gabriel Dutilleux (AStA-Vorsitz): Leider nicht. Ende Juli hatten wir nochmal gesprochen, um mittelfristige Lösungen zu finden. Das war nicht so ergiebig. Uns bleibt nicht viel anderes übrig, als zu warten, dass es eine politische Lösung gibt.
- 32 Frederic Barlag (Die LISTE): Welche politische Lösung würdet ihr euch denn wünschen?
- 34 Gabriel Dutilleux (AStA-Vorsitz): Ein zweites solidarisches Paket, das günstiger ist als das 49 €-
- 35 Ticket.



Frederic Barlag (Die LISTE): Welche Schritte plant ihr noch in diesem Semester dazu?

37 38

Gabriel Dutilleux (AStA-Vorsitz): Es wird noch eine Pressemitteilung rausgehen.

39 40

[?]: Wird das dazu führen, dass wir trotzdem noch den alten Preis zahlen müssen?

41 42

43 Gabriel Dutilleux (AStA-Vorsitz): [...] Wir können nicht so einfach kündigen.

44

45 Niklas Nottebom (RCDS): Es macht die Runde, dass [Annahmequote...]

46

47 Madita Fester (Juso-HSG): Woher hast du die Info? Die Zahlen scheinen nicht weit nach oben 48 zu gehen.

49 50

Fachschaftenreferat: Wir haben uns heute leider nur wegen Sonderpädagogik vernetzt. Solange wir keine Zahlen haben, ist es müßig, darüber zu diskutieren. Für Sonderpädagogik werden weniger eingeschrieben werden, als erwartet.

52 53 54

51

Madita Fester (Juso-HSG): Ich glaube nicht, dass diese Problematik so bekannt ist.

55

56 Philipp Schultes (CG): Markus H. [?] schreiben, dann kriegt man Zahlen.

57 58

59

60

Maurice Schiller (Juso-HSG, Referat für Öffentlichkeitsarbeit): Wir machen 1.500 [..?] Es gab eine ziemlich gute Anzeigenakquise, wir kriegen über 1.000 €. Das Webseitensystem hat keinen Support mehr. Wir konnten Feedback zu ersten neuen Entwürfen geben, die uns die Agentur geschickt hat. Beim Empfang des Deutschlandradios durften wir dabei sein.

61 62

Frederic Barlag (Die LISTE): Gibt es einen Zeitplan, wann die neue Website steht?

63 64

65 Maurice Schiller (Juso-HSG, Referat für Öffentlichkeitsarbeit): Das Ziel ist so schnell und gut wie möglich.

66 67

68

69

Fachschaftenreferat: Wir haben morgen und am 19.09. Fachschaftenkonferenz. Wir hatten ein Treffen mit dem Frauen-Notruf. Am 19. September findet eine Schulung zum Luisa-Konzept statt. Bis diesen Sonntag haben wir eine Ausschreibung für das Awareness-Telefon in der O-Woche.

70 71 72

Philipp Schultes (CG): Wer macht in der O-Woche die Beratung?

73

74 Fachschaftenreferat: Es ist aufgeteilt in Germanistik für das Hauptfach Deutsch, GHR übernimmt 75 Physik und Chemie. Alles andere läuft über die Fächer.

76

77 Chris Margraf (CG, Referat für Nachhaltigkeit, Mobilität und Infrastruktur): Wir haben den Vertrag 78 mit Tretty unterschrieben und suchen aktuell nach den Standorten. Ein zweites Projekt ist, [...] 79 eine Kreuzung von der Wilhelmstraße zum Horstmarer Landweg [...].



### **TOP 6** Weitere Berichte

- 81 Madita Fester (Juso-HSG): Ich kann etwas zum Verwaltungsrat berichten. Diese Woche
- 82 Donnerstag ist Klausurtagung. Wir planen, was in den nächsten zwei Jahren passieren soll.
- Svenja Schulze und Klara Geywitz waren zu Besuch. Wir haben uns Wohnheime angeschaut 83
- 84 und besprochen, wieviel Geld diese für Renovierungen bekommen. Wir konnten ein bisschen
- 85 Sympathien wecken für studentisches Wohnen. Es gibt ein Seminar in Bochum der
- 86 Studierendenwerke in NRW. Die nächste Sitzung ist im November.

87

80

- 88 Frederic Barlag (Die LISTE): Ihr habt denen klar auf den Tisch gelegt, dass die ausfinanziert
- werden müssen? 89

90

- 91 Madita Fester (Juso-HSG): Nein, wir haben unsere Projekte der kommenden Jahre vorgestellt
- 92 und generell über Probleme von Studierenden gesprochen. Wir kriegen nicht einfach so Geld.

#### **TOP 7** Beschluss von Protokollen 93

- Frederic Barlag (Die LISTE): Stimmen wir über das erste Protokoll jetzt mit den 94
- Änderungsanträgen ab? 95

96 97

- Valentina Sauer (Stv. Präsidentin): Ja. Ich würde vorschlagen, dass wir en bloc über alle
- 98 abstimmen.

99

- Abstimmungsgegenstand: 100 Abstimmung über die drei Protokolle en bloc
- 101 Abstimmungsergebnis: (21/1/0) - Damit wird über die drei Protokolle en bloc
- 102 abgestimmt.

103

107

- 104 Abstimmungsgegenstand: Beschluss des Protokolls der konstituierenden Sitzung des 66.
- 105 StuPa sowie des öffentlichen und nicht-öffentlichen Protokolls 106
  - der 20. Sitzung des 65. StuPa unter Annahme der
  - Änderungsanträge von Frederic Barlag
- 108 Abstimmungsergebnis: (22/0/0) – Damit sind alle Protokolle inklusive Änderungsanträge
- 109 beschlossen.

#### **TOP 8** Umbesetzung von Ausschüssen und Kommissionen 110

111 Es liegen keine entsprechenden Anträge vor.

# **TOP 9** Antrag gegen Antisemitismus

- 113 Geschätztes Parlament,
- 114 liebe Kommiliton\*innen,

115

112

116 hiermit stellen wir einen Antrag an das 66. Studierendenparlament.

117

118 Das Parlament möge beschließen:

119



"Das Studierendenparlament positioniert sich klar gegen jede Form des Antisemitismus. Als Richtlinie dient den Gremien und Organen der verfassten Studierendenschaft die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Das Studierendenparlament bekennt sich zum Existenzrecht Israels und zum Recht des Staates Israels, sich und seine Bevölkerung zu verteidigen. Das Studierendenparlament lehnt Boykottbestrebungen gegen Israel ab, insbesondere Aufrufe zum akademischen oder kulturellen Boykott, da diese nicht mit dem gesetzlichen Auftrag der Studierendenschaft vereinbar sind.

Daher spricht sich das Studierendenparlament gegen jegliche Zusammenarbeit mit der "Boykott, Divestment and Sanctions"-Bewegung (kurz BDS) und ihre Unterstützenden, wie z.B. der Gruppe "Palästina Antikolonial", aus. Gruppen oder Einzelpersonen, welche belegbar die BDS-Bewegung unterstützen oder sich positiv auf diese beziehen, die sich gegen das Existenz- oder Verteidigungsrecht Israels positionieren. sich mit der Gruppe Antikolonial" solidarisieren oder Teil von dieser sind, oder terroristische Gewalt gegen Israel befürworten, dürfen keine Honorare, Aufwandsentschädigungen, Projektförderungen oder sonstige Gelder aus dem Haushalt der verfassten Studierendenschaft erhalten. Ebenso stellt die verfasste Studierendenschaft jenen Gruppen oder Einzelpersonen oder Veranstaltungen, an denen jene Gruppen oder Einzelpersonen mitwirken, keine Räume zur Verfügung und nimmt keine Raumbuchungen für diese vor.

An Veranstaltungen externer Veranstalter\*innen, an denen Organe der verfassten Studierendenschaft mitwirken sollen und bei welchen sich auch Gruppen oder Einzelpersonen beteiligen, die die BDS-Bewegung unterstützen oder sich positiv auf diese beziehen, oder die anhand der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA anderweitig als antisemitisch identifiziert werden können, sollte zunächst ein Dialog mit der\*dem externen Veranstalter\*in gesucht werden. In diesem müssen die Gremien der verfassten Studierendenschaft ihre Mitwirkung unter die Bedingung stellen, dass keine gleichzeitige Zusammenarbeit mit antisemitischen Gruppen oder Einzelpersonen stattfindet und dadurch deren Ausschluss anregen. Werden jene Gruppen oder Einzelpersonen daraufhin nicht von der Veranstaltung Seite 1 von 2ausgeschlossen, so beteiligen sich Gremien der verfassten Studierendenschaft nicht. Ebenso werden solche Veranstaltungen folglich nicht durch die Gremien der verfassten Studierendenschaft beworben oder anderweitig unterstützt.

Das Studierendenparlament fordert die Universität Münster auf, sich klar gegen die BDS-Bewegung zu stellen und ihren antisemitischen Positionen, die einer freien und international vernetzten Wissenschaft diametral entgegenstehen, keinen Raum zu bieten. Sie soll keine Veranstaltungen durchführen, unterstützen oder bewerben, bei denen Israel delegitimiert, BDS-Positionen vertreten oder Terrorismus gegen Israel und seine Bewohner\*innen befürwortet wird. Dritten sollen keine Räume für solche Veranstaltungen durch die Universität zur Verfügung gestellt werden. In der politischen Bildungsarbeit der verfassten Studierendenschaft, insbesondere der des AStA und seiner Beauftragungen, soll eine kritische Auseinandersetzung mit allen Formen des Antisemitismus regelmäßig Berücksichtigung finden."

### Kurzbegründung des Antrags

Der vorliegende Antrag wurde in den vergangenen Parlamenten verabschiedet.



Ihn hier erneut einzureichen begründet sich schlicht aus dem Diskontinuitätsprinzip, dem
 Grundsatz, dass in der vergangenen Legislatur getroffene Beschlüsse für das neu konstituierte
 Parlament keine Bedeutung haben.

Beim Vorliegenden Antrag wünscht man sich doch, dass es nicht nötig ist, jedes Jahr erneut zu beschließen, dass es für Einzelpersonen und Gruppen mit antisemitischen Ansichten keine Gelder und keine Unterstützung aus der Studierendenschaft gibt.

Ausdrücklich raten wir zur Lektüre der Antragsbegründungen aus den vergangenen Jahren und hoffen, dass es in der Vorstellung und Debatte nicht nötig sein wird zu begründen, warum Antisemitismus und die Personen und Gruppen, die ihn verbreiten, abzulehnen und unter keinen Umständen zu finanzieren sind.

- 179 Mit freundlichem Gruß
  - Jacqueline Wefers, Simon Wefers, `bout food i guess Škulec und Frederic Barlag

182 Frederic Barlag (Die LISTE) bringt den Antrag noch einmal ein.

Maurice Schiller (Juso-HSG): Wir geben folgendes zu Protokoll:

Antisemitismus lässt sich nicht auf ein einzelnes politisches Spektrum begrenzen, sondern taucht in verschiedenen Formen in allen politischen und gesellschaftlichen Spektren auf. Eine dieser Formen ist der israelbezogene Antisemitismus, der sich mit Hilfe des 3D-Tests, entwickelt von Nathan Sharansky, erkennen lässt. Wird Kritik am Staat Israel in Form von Dämonisierung, Doppelstandards oder Delegitimierung geäußert, so handelt es sich nicht um "legitime" Kritik, sondern um israelbezogenen Antisemitismus. Dieser äußert sich beispielsweise im Absprechen des Existenzrechts des einzigen jüdischen Staates.

Auch in Münster kommt es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen, die klar im Spektrum des israelbezogenen Antisemitismus zu verorten sind. So wurde in der Vergangenheit beispielsweise eine Israelfahne vor der Synagoge verbrannt. Und auch vor universitären Kontexten macht der aggressive israelbezogene Antisemitismus keinen Halt: Unterstützer:innen der BDS-Bewegung sind nicht selten (prominente) Wissenschaftler:innen und die Boykottaufrufe der antisemitischen Bewegung adressieren dezidiert Wissenschaft und Forschung.

Für ein Studierendenparlament, dass sich konsequent gegen jeden Antisemitismus und für einen sichereren Campus für Jüdinnen und Juden einsetzt, ist dieser Beschluss daher unerlässlich. Der Antrag knüpft an die erste Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz 2019 an, bei der der freie zusammenschluss von student\*innenschaften, das Junge Forum der DIG, der AStA der Uni Darmstadt, der AStA der Uni Frankfurt, sowie die Juso-Hochschulgruppen, Campus Grün, die Liberalen Hochschulgruppen und der RCDS in einer gemeinsamen Resolution die Etablierung der Arbeitsdefinition Antisemitismus an deutschen Hochschulen und den entschiedenen Einsatz gegen alle Formen des Antisemitismus beschlossen. Diese Resolution wird von der Hochschulrektorenkonferenz unterstützt, welche die Arbeitsdefinition Antisemitismus "an allen Hochschulstandorten etabliert sehen [möchte]". Die Resolution wurde im Oktober 2022 vom fzs, der JSUD, dem JuFo, den Juso-Hochschulgruppen, CampusGrün, den Liberalen Hochschulgruppen und dem RCDS durch die zweite Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz erneut bestätigt und erweitert.



GO-Antrag auf geheime Abstimmung von der Fraktion von CampusGrün.

Madita Fester (Juso-HSG): Wir stimmen aber nur ab über den Antrag in der Form, wie er jetzt vorliegt.

**Abstimmungsgegenstand:** Antrag gegen Antisemitismus

**Abstimmungsergebnis:** (16/4/3) – Damit ist der Antrag angenommen.

Jonas Pape-Petrulat (RCDS): Ich finde es schade, dass es Leute gibt, die antisemitische Vorträge unterstützen wollen und dass geheim abgestimmt wurde.

Frederic Barlag (Die LISTE): Aufgrund von Angriffen vor langer Zeit ist die geheime Abstimmung durchaus berechtigt. Ich bedanke mich, dass wir das für eine weitere Legislatur durchhaben.

# **TOF**

# **TOP 10** Gegen eine Ausspielung von Rassismus und Antisemitismus

1. Das Studierendenparlament setzt sich gegen jegliche Form des Rassismus ein und solidarisiert sich mit von anti-palästinensischem und antimuslimischem Rassismus

betroffenen Menschen.

Das Studierendenparlament möge beschließen:

2. Das Studierendenparlament setzt sich für einen Kampf gegen Antisemitismus und gegen eine Ausspielung von Unterdrückungsformen gegeneinander ein. Der AStA intensiviert seine Bemühungen daraufhin, dass jüdische und muslimische Menschen weder auf dem Campus noch außerhalb gefährdet sein dürfen und vollzieht den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus gemeinsam. Das beinhaltet auch die Bemühungen gegenüber der Universitätsleitung und weiteren Kooperationspartner\*innen, die Kriminalisierung von palästinensischen Stimmen zu unterbinden und gleichzeitig entschieden gegen Antisemitismus vorzugehen. Ansatzpunkte sind normalisierter Antisemitismus bspw. in Burschenschaften und im unkritischen positiven Bezug auf historische Figuren wie dem ehemaligen Namensgeber der Uni, Wilhelm II. Des Weiteren sollte gerade an der Uni die Verwurzelung des Antisemitismus in deutscher Kultur und Philosophie sichtbar gemacht werden.

#### Begründung:

In den vergangenen Jahren wurde im Studierendenparlament mehrmals ein Beschluss gefasst, der meist Titel wie "Gegen jeden Antisemitismus" oder ähnliches trug, aber selbst von den Antragsstellenden, meist salopp als "BDS Antrag" bezeichnet wurde. Zunächst ist diese Irreführende Betitlung zu kritisieren. Alle diese Anträge beziehen sich fast ausschließlich auf den Boykott Israels. Warum dieser nicht zwingend antisemitisch ist soll im Folgenden erläutert werden, aber zunächst muss ganz scharf kritisiert werden, dass Antisemitismus aus anderen Bereichen konsequent verschwiegen wird. Wie bereits in den Forderungen erwähnt, ist es ein offenes Geheimnis, dass in Burschenschaften, auch in Münster, nicht nur historisch, sondern auch aktuell Antisemitismus sowie auch Rassismus und Sexismus stark praktiziert werden. Beispielhaft sei hier der Vorfall angeführt, bei dem aus dem Verbindungshaus des münsterschen Wingolf das Lied "SA im Feindesland" zu hören war.



Des Weiteren ist die Begründung der Kontinuität und der Verweis (nicht bindender) Beschlüsse anderer Politischer Organe unzureichend. Den aktuell vorliegenden Anträgen fehlt eine politische Analyse gänzlich.

#### Ein historischer Abriss des sogenannten Nah-Ost-Konflikts

Nach dem Ende des Osmanischen Reichs im Zuge des Ersten Weltkriegs bestätigte der Völkerbund Palästina im Jahr 1922 als britisches Mandatsgebiet. Diese Mandatsherrschaft hielt bis 1947 an und umfasste das, was heute Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete sind.

Im Jahr 1947 empfahlen die Vereinten Nationen die Teilung Palästinas in einen jüdischen Staat (55 % des Territoriums) und einen arabischen Staat (45 % des Territoriums), wobei Jerusalem und Umgebung unter internationale Verwaltung gestellt werden sollten. Damals waren etwa 30 % der Bevölkerung jüdisch und ca. 70 % palästinensisch. Sowohl die palästinensische Führung als auch arabische Staaten stellten sich gegen das Vorhaben.

Tausende Palästinenser\*innen sowie Jüdinnen und Juden wurden während des Konflikts von 1947 bis 1949 und im Zuge der Ausrufung des Staates Israel im Mai 1948 durch Angriffe auf Zivilpersonen getötet, und mehr als 800.000 Palästinenser\*innen wurden aus ihren Heimatorten vertrieben. Unter Palästinenser\*innen ist dieses Ereignis als El Nakba (die Katastrophe) bekannt. Viele Menschen wurden aus ihren Dörfern und Städten vertrieben und flohen in andere Teile des Landes, das letztlich der Staat Israel wurde. Andere flohen in verschiedene Gegenden des Mandatsgebiets Palästina (wovon 22 % nach dem Konflikt unter die Kontrolle von Jordanien oder Ägypten kamen). Von den übrigen Menschen flohen die meisten nach Jordanien, Syrien oder in den Libanon.

Seither hindert Israel die palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen sowie Binnenvertriebene innerhalb Israels daran, in ihre Heimatorte zurückzukehren.

Palästinenser\*innen, die in von Israel besetzten Gebieten wie dem Gazastreifen, dem Westjordanland, den Golanhöhen oder Ostjerusalem, oder auch in Israel mit israelischer Staatsbürgerschaft leben, werden durch eine Vielzahl von diskriminierenden Gesetzen und Praktiken, die fortwährenden Enteignungen und Vertreibungen, und die regelmäßige Gewalt durch Siedler\*innen, Armee und Polizei unterdrückt und von politischer Teilhabe und Organisation abgehalten. Nach internationalem Recht und einer Vielzahl menschenrechtlicher Organisationen verübt Israel Apartheid gegen Palästinenser\*innen.

#### Das Problem mit der "Arbeitsdefinition Antisemitismus" der IHRA

Die IHRA Definition von Antisemitismus ist ein weitverbreitetes Instrument für die notwendige Erfassung und Bekämpfung von Antisemitismus. Die Definition verspricht eine begriffliche Festigkeit und gab für ihre Zeit eine notwendige Aktualisierung der Debatte.

Betrachtet man die Definition genauer, so fällt auf, dass sie einige antisemitische Phänomene und Analyseebenen hervorhebt, dabei aber andere, wesentliche, sehr weitgehend ausspart. Dies gilt insbesondere für ideologische und diskursive Aspekte, beispielsweise den Antisemitismus als verschwörungstheoretisches Weltbild. Zudem können manche israelbezogenene Beispiele, die der Kerndefinition hinzugefügt sind, nur mithilfe weiterer Informationen über den Kontext als antisemitisch klassifiziert werden, da das Beschriebene mehrdeutig ist. In der Definition liegen



vor allem im Bezug auf Israel keine Kriterien vor, die eine antisemitischen Fokussierung auf den Staat von einer unterschieden, die auf die politischen Handlungen und die weltpolitische Bedeutung Israels zurückzuführen ist.

Die Definition an sich ist sehr vage gehalten. Dies kann an sich sinnvoll sein, da antisemitische Weltbilder und Taten sehr viel umfassend sind. Zum Beispiel ist es wichtig zu erwähnen, dass Antisemitismus auch nicht Jüd\*innen treffen kann. Beispielweise aufgrund stereotypisch jüdischer Charakteristiken und Praktiken. Durch die Vagheit der Definition steigt aber die Bedeutung der Beispiele, auch wenn diese durch Formulierungen wie "kann" in einem ähnlichen Stil verfasst sind.

7 der 11 Beispiele beziehen sich auf den Staat Israel. Dadurch wird eine Gewichtung gesetzt. Es macht also einen Unterschied ob man sich auf die Definition allein, oder auch auf die Beispiele bezieht. Einige der Beispiele lassen sich ohne weiteren Kontext als Antisemitismus einordnen, andere erfordern weitere Informationen. Antinationalistische Kritik, an einer Nationalbewegung, oder säkulare, auf das Konzept eines religiösen Staates bezogene Kritik wird nicht klar von antisemitischer abgegrenzt. In der Einleitung findet sich zwar folgender Satz: "Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden" es wird allerdings nicht genauer ausgeführt, was damit gemeint ist. Eine Kritik an welchen anderen Ländern, und von wem? Und fallen alle Kritiken, die sich auf Umstände und Praktiken beziehen, die spezifisch in Israel vorherrschen, so unter diese Definition?

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Hauptproblem der Definition ihre Vagheit und Gewichtung ist. Diese macht sie offen für politische Instrumentalisierung wie die pauschale Darstellung von zivilem Widerstand gegen, oder bloße Kritik an, Israel und seinem Vorgehen als antisemitisch.

#### Antizionismus und Antisemitismus

Eine Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus ist grundlegend falsch. Auch wenn Antizionismus antisemitisch begründet sein kann, so kann er beispielsweise auch antinationalistisch oder säkular begründet sein.

Beim Zionismus handelt es sich um eine nationalistische Bewegung, die von Beginn an die Vertreibung der ansässigen palästinensischen Bevölkerung vorsah, wenn sie sie überhaupt in Betracht zog, und es ist wichtig zu betonen, dass grade im 19. Jahrhundert, aber auch heute noch, es eine große antizionistische Bewegung unter Jüd\*innen selbst gab bzw. gibt. In der zionistischen Bewegung war der Gedanke verbreitet, dass der Antisemitismus in Europa nicht zu besiegen sei. Die antizionistischen Jüd\*innen hingegen kämpften für eine Anerkennung in ihren eigenen Staaten. In Osteuropa war beispielsweise der allgemeine Jüdische Arbeiterbund einer der wichtigsten antizionistischen Organisationen. Am 20. November 2018 appellierten 34 israelische Gelehrte (darunter David Harel, Eva Illouz, Paul Mendes-Flohr, Zeev Sternhell und Moshe Zuckermann) in einem offenen Brief an Europa bzw. an die österreichische Bundesregierung, Antizionismus nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen, da dies Israel gegen Kritik immun mache. Die jüdische Stimme für den gerechten Frieden für Nahost unterstützt außerdem auch die BDS Bewegung.

#### Warum BDS nicht automatisch antisemitisch ist



Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) ist eine palästinensisch geführte Bewegung, die sich an zivilgesellschaftliche Akteur\*innen verschiedenster Nationen richtet, um Regierungen dazu zu bewegen, wirtschaftliche Beziehungen zu Israel zu kappen, um dessen Besatzung palästinensischer Gebiete, die Vertreibung von Palästinenser\*innen, sowie die systemische Diskriminierung gegen Palästinenser\*innen zu beenden und den vertriebenen Palästinenser\*innen und ihren Nachkommen die Rückkehr nach Palästina zu ermöglichen. Die von der Bewegung gewählten Aktionsformen sind inspiriert durch die erfolgreichen Boykottbewegungen gegen Apartheid-Südafrika und wurden auch von anti-Apartheid- Veteranen aus Südafrika empfohlen.

363 364 365

366

367

368

369

370

371

372

355

356

357

358

359

360

361

362

Nach der IHRA-Definition von Antisemitismus müsste diese Kampagne, die sich mit israelischen Menschenrechtsverletzungen, nicht aber mit den Menschenrechtsverletzungen anderer Staaten auseinandersetzt, klar antisemitisch sein - schließlich wird Israel so doppelten Standards unterworfen. Hier wird spätestens klar, dass eine solche Sichtweise völlig sinnlos ist: Natürlich muss sich eine Kampagne zu einem spezifischen Unrecht nicht gleichzeitig mit allen anderen Unrechten auf der Welt befassen, eine solche Hürde zur Thematisierung israelischer Menschenrechtsverletzungen würde sie komplett verunmöglichen. Auch die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus von 2020 kam zum Schluss, dass ein Boykott Israels nicht automatisch antisemitisch ist.

373374375

376

377

378

Natürlich kann es auch in diesem Kontext Antisemitismus geben, wie z.B. wenn Menschen weil sie jüdisch sind zur Positionierung oder Distanzierung von Israel und Zionismus aufgefordert werden oder, was vereinzelt vorkam, dass jüdische Künstler\*innen Ziel von lokalen Boykottbewegungen werden. Das macht aber eben nicht die grundlegende Strategie und Bewegung antisemitisch.

379380381

382

#### Quellen und Literaturhinweise

https://www.juedische-stimme.de/dokumentiert-vermischt-kritik-an-israel-nicht-mit-antisemitismus

383 384 385

Peter Ulrich, Gutachten zur «Arbeitsdefinition Antisemitismus» der IHRA

386 387

https://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-08/Amnesty-Uebersetzung-Zusammenfassung-Bericht-Israels-Apartheid-against-Palestinians-2022.pdf

389

388

Edward W. Said, The Question of Palestine, 1979

390391392

https://treaties.un.org/doc/Treaties/1976/07/19760718%2003-04%20AM/Ch\_IV\_7p.pdf

393 394

https://jerusalemdeclaration.org/

395

Frederic Barlag (Die LISTE): Gegen eine Behandlung spricht meiner Meinung nach nichts.

396 397 398

Madita Fester (Juso-HSG): Gegenrede, weil wir im gerade abgestimmten Antrag sagen, dass sowas wie "Boykott Israel" antisemitisch ist.

399 400

Frederic Barlag (Die LISTE): Wenn ich den Antragstext lese, ist der nicht davon betroffen. Den Begründungstext möchte ich nicht behandeln.



403				
404	Niklas Nottebom (RCDS): Sind die Kommentare Teil der Begründung?			
405				
406	Frederic Barlag (Die LISTE): Ja.			
407				
408	[?]: Ich finde es schwierig, den	ohne antragstellende Liste zu behandeln. Ich würde das nächste		
409	Woche machen.			
410				
411	Madita Fester (Juso-HSG): We	nn wir ihn behandeln, dann bitte heute.		
412				
413	Abstimmungsgegenstand:	Heutige Behandlung des Antrags "Gegen eine Ausspielung von		
414		Rassismus und Antisemitismus"		
415	Abstimmungsergebnis:	(16/7/0) - Damit wird der Antrag in der heutigen Sitzung		
416		behandelt.		
417				
418	Frederic Barlag (Die LISTE): Änderungsantrag an Satz 1: Entweder sollten die -ismen gestrichen			
419	und von Ausgrenzung gesproch	hen werden, oder man ergänze "Antisemitismus".		
420				
421	•	antragt eine Fraktionspause für die Fraktionen der Juso-HSG		
422	und des RCDS			
423	Die Oite on a saint für fürst Minste	un controlle an also a		
424	Die Sitzung wird für fünf Minute	en unterprochen.		
425	Dhiling Schulter (CC) becaute	ant aine Fueltieneneuse für die Fueltienen von Commus Culin		
426	Philipp Schultes (CG) beantragt eine Fraktionspause für die Fraktionen von CampusGrün und der Juso-HSG			
427	und der Juso-nsG			
428 429	Die Sitzung wird für fünf Minute	an unterbrochen		
430	Die Sitzung wird für führ Millate	an unterproducti.		
431	Madita Fester ( Juso-HSG): Wir	erkennen das Problem Rassismus an, aber der Antrag ist gespickt		
432	,	nents. Ich finde es problematisch, das hier zu thematisieren. Die		
433	Ausspielung, wie sie in diesem Antrag stattfindet, finden wir nicht okay. Wir planen einen Antrag			
434	im Sinne von Antirassismus. Da			
435	in chine ven / initiacolomiae. Ex			
436	GO-Antrag auf sofortige Abs	timmuna.		
437		<b>3</b> -		
438	Keine Gegenrede.			
439				
440	Abstimmungsgegenstand:	Antrag der Sozialistischen Liste mit dem Titel "Gegen eine		
441		Ausspielung von Rassismus und Antisemitismus"		
442	Abstimmungsergebnis:	(0/0/23) – Damit ist der Antrag abgelehnt.		
		- · ·		

# TOP 11 1. Nachtragshaushaltsplan 2023

443

Finanzreferent: Wir sind in der zweiten Lesung. In der nächsten Woche können wir den Nachtragshaushalt beschließen. Wir würden noch einen Änderungsantrag einbringen zur Frage, wie wir mit den Rücklagen umgehen. Aktuell haben wir die Rücklagen so behandelt, dass wir bspw. für den Bulli 50.000 € rausnehmen. Mit dem Änderungsantrag würden wir stattdessen diese aus der allgemeinen Rücklage nehmen. Bei der Website des AStA würden wir den Etat aus

492

493

494



449 der IT in Höhe von 15.000€ entnehmen. Deine Mail (von Frederic Barlag) würden wir nochmal 450 teilweise einbringen. 451 452 Frederic Barlag (Die LISTE): Ich muss meinen Unmut kundtun. In der dritten Lesung in einer Woche wird ein Antrag als Dringlichkeitsantrag vorgebracht werden. Das ist kein guter Umgang 453 454 mit oppositionellen Gruppen. Am Ende muss man ad hoc auf Änderungen warten. Alles passiert 455 kurzfristig und im "schnell, schnell". 456 457 Finanzreferent: Da können wir entgegenkommen und das morgen fertig machen. Der Antrag wird 458 auch nicht hochkomplex werden. 459 460 Philipp Schultes (CG): Frage zu den Beauftragungen [...] 461 462 [...] 463 464 Philipp Schultes (CG): Also gibt es jetzt Beauftragungen für 250 und 200 Euro? Auf welcher 465 Grundlage wird das legitimiert? 466 467 Finanzreferent: Das wird von den thematischen Referaten politisch ermessen. 468 469 Madita Fester (Juso-HSG): Es gibt dazu einen ausführlichen Leitfaden. Es gibt schon Regeln. 470 471 Frederic Barlag (Die LISTE): Kann man den einsehen? 472 473 Jacob Hassel (CG): Das ist leider nicht möglich, weil das ein interner Leitfaden ist. Ich würde das 474 auch vorsichtig dem neuen AStA empfehlen. 475 476 [...]: Das hängt sehr vom Aufwand ab. 477 478 Frederic Barlag (Die LISTE): War es der Wunsch, den Nachtragshaushalt schnell zu bearbeiten? 479 480 Philipp Schultes (CG): Ist der Vertrag mit Tretty denn schon unterschrieben? 481 482 Finanzreferent: Meines Wissens nach ist das davon abhängig, dass das so beschlossen wird. 483 484 Philipp Schultes (CG): Wie kam das Beitrags-Chaos zustande? 485 486 Finanzreferent: Durch das 49€-Ticket. **TOP 12** Antrag auf Satzungsänderung 487 488 Liebes Präsidium, 489 liebes Parlament, 490 491 selten kommt es vor, dass an der Universität Münster Studiengänge eingerichtet werden, die

keiner bestehenden Fachschaft zugeordnet werden können und es nötig wird, eine neue

Fachschaft in die Satzung der Studierendenschaft aufzunehmen. Noch seltener ist jedoch der

Fall, dass eine Fachschaft keine Studiengänge mehr hat und somit aufgelöst werden kann.



Aktuell betrifft dies die Fachschaft Indogermanistik, die bislang als Studiengang einzig den Promotionsstudiengang Indogermanistik zugeordnet hatte. Es sind zurzeit 0 Studierende in diesen Studiengang eingeschrieben, die Fachschaft ist nicht konstituiert und der Studiengang soll aller Wahrscheinlichkeit nach auch auslaufen. Da die Lehrveranstaltungen des Studienganges zum Großteil über das Institut für Sprachwissenschaften erteilt werden und dort ebenfalls die Fachschaft Linguistik aktiv ist (diese besuchen zum Teil dieselben Veranstaltungen), hat das Fachschaftenreferat im Einvernehmen mit dem AStA-Vorsitz satzungsgemäß den Studiengang Indogermanistik der Fachschaft Linguistik zugeordnet, um im Falle einzelner neuer Studierender die Betreuung zu garantieren. Folglich existiert eine Fachschaftshülle, die im Haushalt der Studierendenschaft weiterhin mit Mitteln versorgt werden muss, bis eine Änderung der Satzung dieses behebt. Es ist daher im Interesse des Fachschaftenreferats, die Satzung dahingehend zu verändern, dass die Fachschaft gestrichen wird. Daher beantragt das Fachschaftenreferat:

Streiche in § 36 (2) der Satzung der Studierendenschaft die Indogermanistik aus der Gliederung der Fachschaften.

Für weitere Fragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

- 514 Liebe Grüße
- 515 i.A. Moritz Flottmann für das Fachschaftenreferat

[?] bringt den Antrag für das Fachschaftenreferat vor.

Jacob Hassel (CG): Zu welchem Stichtag soll das umgesetzt werden? Wollt ihr das in drei Lesungen umsetzen? Habt ihr Fristen?

Fachschaftenreferat: Eigentlich nicht, aber wir könnten es gerne so schnell wie möglich machen, um das ans Rektorat weiterzugeben. Die 750 € würden frei werden und könnten woanders reingesteckt werden.

GO-Antrag auf sofortige Behandlung des Satzungsänderungsantrags in zweiter Lesung.

**Abstimmungsgegenstand:** GO-Antrag auf sofortige Behandlung des Antrags auf Änderung

der Satzung in zweiter Lesung

530 Abstimmungsergebnis:

(23/0/0) - Damit wird der Satzungsänderungsantrag sofort in

zweiter Lesung behandelt.

533 Frederic Barlag (Die LISTE): Könnte man eine bessere Formulierung durch einen 534 Änderungsantrag finden?

536 Fachschaftenreferat: Nein.

538 GO-Antrag von Frederic Barlag (Die LISTE) auf sofortige Behandlung des 539 Satzungsänderungsantrags in dritter Lesung.

**Abstimmungsgegenstand:** GO-Antrag auf sofortige Behandlung des Antrags auf Änderung der Satzung in dritter Lesung



543	Abstimmungsergebnis:	(23/0/0) - Damit wird der Satzungsänderungsantrag sofort	in
544		dritter Lesung behandelt.	
545			
546	[]: Seit wann gibt es das sch	icke Logo und wieso sehe ich das heute zum ersten Mal?	
547			
548	Fachschaftenreferat: Seit einer	m Jahr.	
549			
550	[]		
551			
552	Abstimmungsgegenstand:	Satzungsänderungsantrag des Fachschaftenreferats	
553	Abstimmungsergebnis:	(23/0/0) - Damit wurde der Satzungsänderungsantrag d	es
554		Fachschaftenreferats einstimmig angenommen.	
555			
556	Valentina Sauer (Stv. Präsider	ntin) beendet die Sitzung um 19:40 Uhr.	